

## Meinungsfreiheit statt Zensur

Diskussionsveranstaltung in der Frankfurter Titania am 15.10.2019

Man könnte es als eine thematisch passgenaue Ironie sehen: der Frankfurter Bürgermeister und hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker versuchte, durch Raumkündigung unsere Veranstaltung zu vereiteln. Noch am Tag des Ereignisses musste durch einstweilige Verfügung des Frankfurter Landgerichts die Erfüllung des Mietvertrags im Titania durchgesetzt werden.

Trotz der hierdurch aufgetretenen Unsicherheit für das interessierte Publikum hatten über 70 engagierte Teilnehmer\*innen den Weg in das Titania gefunden.

Das Eingangsreferat lieferte uns **Hartmut Bäumer**, Vorsitzender **der deutschen Sektion von Transparency International**, einer Organisation, die sich kritisch mit korrumpierenden Lobby-Einflüssen auf politische Entscheidungen befasst. Seine berufliche Vita weist Erfahrungen u.a. als Ko-Vorsitzender der GRÜNEN-Fraktion im Bayrischen Landtag und als Mitglied des Bayrischen Verfassungsgerichts auf. Mit juristischem Sachverstand befasste sich Bäumer sowohl mit der umstrittenen Aberkennung der Gemeinnützigkeit für ATTAC, als auch mit der Intention aus Kreisen der CDU, der DEUTSCHEN UMWELTHILFE die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Insgesamt ermutigte er uns, als außerparlamentarische Bürgerbewegungen unsere Anliegen aktiv und unabhängig von Partei- und Staatsinstanzen zu vertreten – es gebe schlimme Anzeichen für Demokratie-einschränkungen, und es fehle an Willen zur demokratischen Kommunikation. Notwendig und durchaus auch aussichtsreich sei es, von Seiten der Zivilgesellschaft Druck in Richtung der notwendigen Veränderungen auf den verschiedenen Themenfeldern zu entfalten. Seine Auffassung zum israelisch-palästinensischen Konflikt stimme wohl nicht mit denen der beiden hierzu eingeladenen Podiumsteilnehmer überein, die Diskussion darüber müsse aber legitim sein.

**Judith Bernstein**, in Jerusalem geborene Tochter jüdischer Flüchtlinge, deren Großeltern in Auschwitz ermordet wurden, ist aktiv in der **Münchener jüdisch-palästinensischen Dialoggruppe**. Sie berichtete von dem hartnäckigen Kampf um öffentliche Räume, den sie und die Gruppe gegenüber den Restriktionen von Seiten der Stadtregierung austragen müssen – vor Gerichten und eben auch zur Anmietung nicht nur städtischer, sondern auch anderer öffentlicher Räume. Dabei wird nicht nur „BDS“-verdächtigten Veranstaltungen der Raum verweigert, sondern auch Auftritten von oppositionellen Israelis und Palästinensern ohne Bezug zu BDS. Krasses Beispiel: Als die Humanistische Union im vergangenen Jahr dem Ehepaar Bernstein ihren Preis für „Aufrechten Gang“ verleihen wollte, musste die Verleihung in einen Kinosaal verlegt werden – es kamen dann 300 Zuhörer zu dem Ereignis.

Auf den Beitrag von **Dirk Friedrichs** über den Entzug der Gemeinnützigkeits-Anerkennung für **ATTAC** mussten wir wegen seiner kurzfristigen Absage leider verzichten, er befürchtete ein zu starkes Überwiegen des umstrittenen Palästina-Themas bei der Veranstaltung – genau dies hat er durch seine Absage in gewisser Weise herbeigeführt.

Für die **palästinensische Gemeinde Deutschland** sprach der **Vorsitzender Dr. Khaled Hamad**, aktiv auch in der **deutsch-palästinensischen medizinischen Gesellschaft**. Er erinnerte an die desolate Lage der palästinensischen Bevölkerung unter israelischer Besatzung - in der Westbank, aber schlimmer noch im abgeriegelten Gaza-Streifen. Gegenüber der BDS-Kampagne, in Deutschland bisher mit wenig Breitenwirkung, war er skeptisch bezüglich deren Erfolgsaussichten hierzulande. Er sah die hitzige Reaktion gerade in Deutschland zu diesem Thema eher als von Lobbygruppen instrumentalisiert, um von dem eigentlichen Skandal der fortwirkenden Besatzung abzulenken. Gerade die palästinensischen Organisationen und Gruppen haben an vielen Orten in Deutschland erhebliche Schwierigkeiten, Versammlungsräume zu bekommen, berichtete Dr.Hamad.

Was ist weiter zu tun, zur Verteidigung der öffentlichen Meinungsfreiheit? Konsens in der Versammlung war: wer sich nicht aktiv dafür einsetzt, wird sie verlieren. Freiheit muß immer wieder bewußt erkämpft werden. Demokratie heißt offene Kommunikation, die allerdings auch bestimmter, transparenter Regeln bedarf, etwa dem Verbot rassistischer und antisemitischer Hetze und persönlicher Beleidigungen, ebenso wie dem Minderheitenschutz.

Das Thema wird uns weiter beschäftigen!

*Matthias Jochheim*